

Kontroverse im Umweltausschuss

Politik und Verwaltung im Surfpark-Streit

7. Juli 2022 um 05:25 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Nach Vorliegen einer Baugenehmigung könnte der Baubeginn mit vorbereitenden Maßnahmen für den Surfpark im Oktober 2023 erfolgen. Foto: Stadt Krefeld/Global Shots

Krefeld. Ratsfrau Björna Althoff hatte beantragt, dass die Energieemissionen des Parks am Elfrather See von unabhängigen Experten analysiert werden sollten. Unerwartete Hilfe erhielt die Medizinerin unter anderem von CDU und FDP.

Von Joachim Niessen

Ein Antrag in jüngster Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klima hat offenbart, dass die grüne Fraktion durchaus zerrissen ist, was das Projekt Surfpark angeht, dass die politische Landschaft in Krefeld durchaus unerwartete Allianzen ermöglicht und nicht zuletzt eine unerwartete Niederlage für die Surfpark-Unterstützer gebracht. Die unabhängige Ratsfrau Björna Althoff, aufgrund des hohen Energieaufwands des Projekts Surfpark eine starke Kritikerin desselben, hatte beantragt, dass die Energieemissionen des Parks und deren Kompensationsbedarf von unabhängigen Experten analysiert werden sollten.

„Bislang hat die Verwaltung keine klaren Angaben zum Energieverbrauch und den Gesamtemissionen gemacht. Ich habe drei Anfragen dazu gestellt und bislang keine Antworten bekommen. Der Oberbürgermeister hat selbst gesagt, der Klimaausschuss solle das dann extern beauftragen. Ich denke, für eine Entscheidung muss in jedem Falle klar sein, über welche realen Emissionen und Kompensationen wir sprechen. Ich halte es für unerlässlich, eine solche Erhebung zu beauftragen“, erklärt die Medizinerin. Die Aussagen der Verwaltung bezeichnete sie in der Sitzung als „Greenwashing“, da wiederholt behauptet worden sei, der Park sei Klima- und CO₂-neutral. Den Vorwurf wies Dezernentin Sabine Lauxen entschieden zurück.

INFO

Umsetzung des „Masterplans“

Die weiteren Schritte zur Umgestaltung des Areals am Elfrather See sind in Vorbereitung und sollen nach entsprechenden politischen Beschlüssen ab 2023 erfolgen. Dies betrifft zum einen den geplanten Bau des Surfparks, zum anderen die Umsetzung des „Masterplans Erholungs- und Sportpark Krefeld (Elfrather See)“. Teil dieses Pakets ist auch die Reaktivierung des Badesees.

Bereits im Vorhinein hatte Althoff viel Widerspruch erfahren. Das wiederholte sich auch während der Sitzung, als sowohl Lauxen, als SPD und Grüne sich gegen den Antrag aussprachen. Die Dezernentin argumentierte, mit der Entscheidung werde ein großer Verwaltungsaufwand generiert, aber wenig neue Erkenntnis gewonnen. Für Althoff unverständlich. „Ein Auftrag in diesem Volumen, ich habe mich informiert und wir reden von der Größenordnung von 1500 Euro, kann gänzlich ohne Ausschreibung erteilt werden. Auch ist der Erkenntnisgewinn hoch, denn bislang gibt es überhaupt keine unabhängigen Erkenntnisse oder Aussagen der Verwaltung zur Kompensation des Energieaufwandes. Es wird sogar von einem klimaneutralen Leitbild beim Masterplan Elfrather See gesprochen. Das ist falsch, denn der Verbrauch ist ja da und wird zu großen Teilen extern gedeckt. Ich erwarte, dass, wenn für den Park entschieden wird, klar gesagt wird, dass sich dieser nachteilig auf die städtischen Emissionen und damit die Energiewende auswirkt, man aber den Sport und den Freizeitwert für Besserverdienende höher bewerte“, kritisiert sie.

Unerwartete Hilfe erhielt sie dabei von zwei Parteien, die nicht unbedingt als große Unterstützer Althoffs gelten: CDU und FDP. Christdemokrat Peter Vermeulen trat ans Rednerpult, um den Antrag zu stützen. „Wenn es dieses Instrument gibt, dann sollten wir es auch benutzen, um alle Informationen zu bekommen. Das ist alleine aus Transparenzgründen für alle Beteiligten und die Bürgerschaft wichtig“, sagt Vermeulen zu seiner Motivation und der seiner Partei, für Althoffs Vorschlag zu stimmen. Weitere Zustimmung für den Antrag von Björna Althoff kam von der FDP.

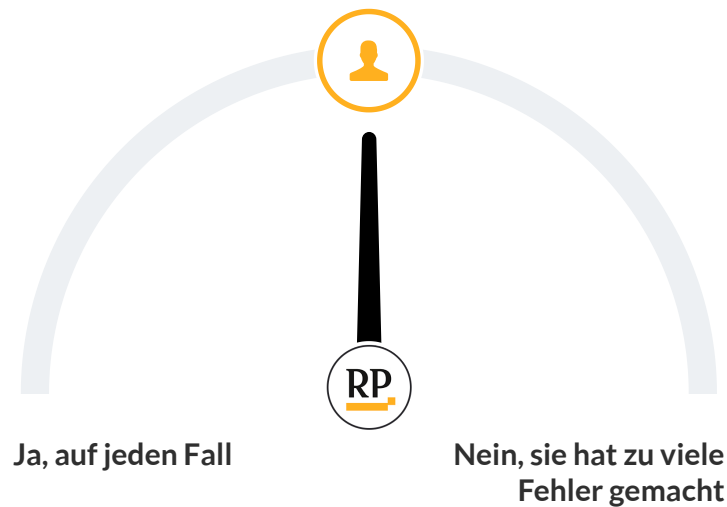
Gerade diese Konstellation freut die Ratsfrau besonders. „Bisher werde ich von einigen Seiten als reine Troublemakerin abgestempelt. Ich denke, dass ich hier einen Antrag ohne Stimmen der Grünen und gegen die SPD durchbringe, zeigt, dass ich durchaus für sinnvolle Politik und Positionen stehe“, sagt die Politikerin, die einst als klimapolitische Sprecherin der Grünen agiert hatte.

Das könnte Sie auch interessieren



Ihre ehemalige Fraktion unterdessen zeigte sich in der Abstimmung zerrissen. Im Vorhinein hatte die Partei signalisiert, die Sichtweise der Verwaltung zu stützen und gegen den Antrag zu stimmen. Bei der Sitzung hielt dann Grünen-Vertreter Patrick Motté zunächst eine Gegenrede, enthielt sich dann aber in der Abstimmung ebenso, wie Axel Heimendahl. Lediglich die Ausschussvorsitzende Annelie Wulff hielt sich an die Parteilinie und stimmte gegen den Antrag. Dieser wurde in der Folge mit Stimmen von CDU, FDP, Ralf Krings (UWG/WUZ) und Sebastian Schubert (Linke) angenommen.

Frage der Woche: War Merkel eine gute Kanzlerin für Deutschland?



RP ONLINE



Für das Surfparkprojekt könnte der nun angenommene Antrag eine weitere Hürde darstellen. Die Erhebung könnte die Diskussion um die Klimaverträglichkeit des Großprojekts weiter befeuern. Dass überdies die CDU von Unterstützung einmal mehr auf Kritik umgeschwenkt ist, dürfte die Befürworter ebenfalls nicht eben erfreuen, zumal SPD-Kooperationspartner Grüne sich ebenfalls wiederholt nicht geschlossen zur Unterstützung motivieren ließ.

